S 14 RJ 1253/99 A

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	14
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 14 RJ 1253/99 A
Datum	08.02.2001

2. Instanz

Aktenzeichen	L 14 RJ 192/01
Datum	18.07.2002

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 8. Februar 2001 wird zurÄckgewiesen.
- II. AuÄgerichtliche Kosten des Berufungsverfahrens sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig zwischen den Prozessbeteiligten ist ein Anspruch auf Rente wegen verminderter ErwerbsfÄhigkeit seit dem Jahre 1996.

Die im Jahre 1949 geborene KlÄgerin, eine StaatsbÄrgerin Bos- nien- Herzegowinas, war in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) von August 1969 bis Juli 1970 und September 1970 bis September 1980 als KÄchenhilfe versicherungspflichtig beschÄftigt (Unterbrechungen durch Zeiten der Schwangerschaft/Mutterschutz von April bis Juli 1972 und Oktober 1979 bis Februar 1980) und hat dann bis September 1981 Arbeitslosengeld bezogen. AnschlieÄend ist sie in ihre Heimat zurÄckgekehrt und hat dort keine versicherungspflichtige BeschÄftigung mehr ausgeÄbt.

Den am 28.10.1996 bei der Ärtlichen Verbindungsstelle in ihrem Heimatland gestellten Antrag auf Rente wegen Erwerbsunfähigkeit bzw. Berufsunfähigkeit lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 05.08.1997 ab, weil die Klägerin die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen der [Ä§Ä§ 43 Abs.1 Nr.2, 44 Abs.1 Nr.2](#) des Sozialgesetzbuches Teil VI â SGB VI â (drei Jahre Pflichtbeitragszeiten in den letzten fünf Jahren vor Eintritt des Leistungsfalls) nicht erfüllte und auch nicht jeder Monat in der Zeit seit 01.01.1984 mit Anwartschaftserhaltungszeiten belegt sei ([Ä§Ä§ 240 Abs.2, 241 Abs.2 SGB VI](#)). Der Bescheid werde jedoch überprft werden, sofern die Klägerin der Ansicht sei, die Erwerbsminderung sei bereits zu einem früheren Zeitpunkt, in dem die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen noch gegeben seien, eingetreten. Der dagegen eingelegte Widerspruch, mit dem die Klägerin geltend machte, sie sei erwerbsunfähig und könne im Wege des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs (unterlassene Beratung durch das Arbeitsamt) ab 01.01.1984 freiwillige Beiträge entrichten, wurde mit Widerspruchsbescheid vom 10.08.1998 zurückgewiesen, weil es wegen der Zusage der Überprfung der Angelegenheit an einer Beschwer fehle.

Im anschließenden Klageverfahren vor dem Sozialgericht Landshut (S 4 RJ 1226/98.A) endete der Rechtsstreit am 14.04.1999 mit dem Vergleich, dass die Beklagte insbesondere den Versicherungsfall der Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit präfen und festlegen sowie über den Rentenanspruch erneut rechtsmittelfähig entscheiden werde.

Die Beklagte trat in eine Sachprfung ein und ließ die vom bosnischen Versicherungsträger übersandten ärztlichen Unterlagen übersetzen. Aus den Krankenberichten zu den stationären Behandlungen der Klägerin vom 22.07. bis 09.08.1993 und vom 09.08. bis 09.09.1993 ergab sich die Diagnose einer Encephalomyelitis disseminata (Schwäche in beiden Beinen und Doppelbilder, wobei anamnestisch vage Hinweise auf einen nicht erkannten Beginn der Erkrankung in der Zeit zwischen 1985 bis 1988 gegeben wurden).

Laut Gutachten der Invalidenkommission in B. vom 07.03. 1997 â hier findet sich die Angabe, die Klägerin sei in der BRD nur wegen eines Ulcusleidens behandelt worden â seien erste Zeichen der Erkrankung in der Form von Schmerzen in den Leisten und von ausgeprägter Müdigkeit Anfang des Jahres 1993 aufgetreten und im Laufe des Jahres 1993 stärker geworden; jetzt sei sie "vollkommen unbeweglich" (angeblich Rollstuhlfahrerin seit Ende des Jahres 1993) und invalide seit der Untersuchung am 07.03. 1997.

Dr.D. vom ärztlichen Dienst der Beklagten schloss in seiner Stellungnahme laut Aktenlage auf das Vorliegen der (medizinischen Voraussetzungen der) Erwerbsunfähigkeit seit 07.03.1997; die Klägerin könne seitdem weniger als zwei Stunden täglich erwerbstätig sein.

Mit streitgegenständlichem Bescheid vom 28.09.1999 lehnte die Beklagte die Gewährung von Rente wegen Erwerbsunfähigkeit bzw. Berufsunfähigkeit ab, weil zwar seit dem 07.03.1997 Berufsunfähigkeit vorliege, aber es an den versicherungsrechtlichen Voraussetzungen fehle. Vom 07.03.1992 bis 06.03.1997

verfÄ¼ge die KlÄ¼gerin Ä¼ber keinerlei PflichtbeitrÄ¼ge, wohingegen das Gesetz mindestens 36 Pflichtbeitragsmonate voraussetze. Auch die Zeit ab 01.01.1984 sei nicht lÄ¼ckenlos mit Beitragszeiten und Anwartschaftserhaltungszeiten belegt.

Der hiergegen eingelegte Widerspruch wurde mit Widerspruchsbescheid vom 15.10.1999 zurÄ¼ckgewiesen; fÄ¼r eine Rente wegen BerufsunfÄ¼higkeit fehle es an den versicherungsrechtlichen Voraussetzungen; zur FÄ¼llung der LÄ¼cken im Versicherungsverlauf kÄ¼nnten freiwillige BeitrÄ¼ge nur fÄ¼r die Zeit ab 01.01.1996, dahingegen nicht mehr im Zeitraum ab 01.01.1984 entrichtet werden; Ä¼ber eine Rente wegen ErwerbsunfÄ¼higkeit kÄ¼nne (Anmerkung: Fraglich war noch eine selbstÄ¼ndige TÄ¼tigkeit der KlÄ¼gerin in der Landwirtschaft) erst nach Abschluss der Ermittlungen entschieden werden.

Mit der Klage vor dem Sozialgericht Landshut ([S 14 RJ 1253/99.A](#)) machte die BevollmÄ¼chtigte der KlÄ¼gerin geltend, die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen seien erfÄ¼llt bei Nachzahlung von freiwilligen BeitrÄ¼gen, die auÄ¼erhalb der regulÄ¼ren Frist des [Ä¼ 197 Abs.2 SGB VI](#) von der Beklagten in FÄ¼llen besonderer HÄ¼rte, insbesondere bei drohendem Verlust der Anwartschaft auf Rente, gemÄ¼Ä¼ [Ä¼ 197 Abs.3 SGB VI](#) zuzulassen sei (vgl. hierzu Urteil des BayLSG vom 28.09.1999 â¼ L 6 RJ 356/98) und die Beklagte habe dann Rente wegen ErwerbsunfÄ¼higkeit ab 01.10. 1996 zu zahlen.

Das Sozialgericht wies die Klage mit Urteil vom 08.02.2001 ab. Es ging davon aus, dass das LeistungsvermÄ¼gen der KlÄ¼gerin nicht vor November 1992, dem frÄ¼hesten Zeitpunkt des Auftretens von Beschwerden laut Schriftsatz der KlÄ¼gerin vom 08.09.1998 (Bl.3 der Sozialgerichtsakte S 4 RJ 1226/98.A), auf unter vollschichtig gesunken sei und jene daher die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen nicht erfÄ¼lle. Die KlÄ¼gerin sei nur berechtigt, freiwillige BeitrÄ¼ge fÄ¼r die Zeit ab 01.01.1996 zu zahlen. Ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch, der unter UmstÄ¼nden zur Nachzahlung ab 01.01.1984 berechtige, liege im vorliegenden Falle laut der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (vgl. u.a. BSG vom 11.05. 2000 â¼ B 13 RJ 13/99 R) nicht vor; auÄ¼erdem hÄ¼tte die KlÄ¼gerin nach eigener Schilderung ihrer Lage (Schriftsatz vom 12.04. 1999) die freiwilligen BeitrÄ¼ge nicht unter zumutbaren UmstÄ¼nden leisten kÄ¼nnen.

Im Rahmen des [Ä¼ 197 Abs.3 SGB VI](#) (besondere HÄ¼rte) ergebe sich auch keine Berechtigung zur Zahlung freiwilliger BeitrÄ¼ge. Unter einer besonderen HÄ¼rte seien konkrete Einzelfallgestaltungen zu verstehen, die im Vergleich mit anderen Versicherten eine besondere Betroffenheit aufwiesen. Die KlÄ¼gerin gehÄ¼re aber zu der Personengruppe, die typischerweise von der Neuregelung des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 betroffen gewesen sei und durch die gesetzliche Regelung den Versicherungsschutz verliere. Die Neuregelung des Haushaltsbegleitgesetzes werde auch â¼ im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bayer. Landessozialgerichts, des Bundessozialgerichts und des Bundesverfassungsgerichts â¼ nicht fÄ¼r verfassungswidrig gehalten. Abgesehen davon â¼ die besondere HÄ¼rte solle dahingestellt bleiben â¼ sei die KlÄ¼gerin nicht an der rechtzeitigen Beitragszahlung ohne ihr Verschulden gehindert

gewesen. "Im Sinne der Beweisregel" (gemeint wohl die allgemeinen Beweisregeln) sei davon auszugehen, dass die KlÄgerin die Beitragszahlung entweder aus Unwissenheit oder eben absichtlich unterlassen habe. Rechtsunkenntnis oder wirtschaftliche Schwierigkeiten, die BeitrÄge rechtzeitig aufzubringen, kÄnnten die Schuldlosigkeit nicht begrÄnden (Kasseler Kommentar Rdnr.18 zu [Ä 197 SGB VI](#)).

Mit dem Rechtsmittel der Berufung macht die BevollmÄchtigte der KlÄgerin geltend, dass Kindererziehungszeiten vom 16.09.1981 bis einschlielich 07.07.1992 vorlÄgen, die als anwartschaftserhaltender Tatbestand zu berÄcksichtigen seien. In den neu geschlossenen Sozialversicherungsabkommen der BRD mit Kroatien und Slowenien seien ausdrÄcklich auch Kindererziehungszeiten als anwartschaftserhaltende TatbestÄnde berÄcksichtigungsfÄhig. Die analoge Anwendung des [Ä 57 SGB VI](#) werde nur insoweit gefordert, als dieser VerlÄngerungstatbestand (gemeint: Schubzeit) nach [Ä 43 Abs.3 Nr.2 SGB VI](#) sei. Die KlÄgerin werde durch die NichtberÄcksichtigung der Erziehungszeit als anwartschaftserhaltende Zeit ohne hinreichenden sachlichen Differenzierungsgrund schlechter als die im Inland lebenden Versicherten gestellt. Sie sei dadurch in ihrem Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz â [Artikel 3 Abs.1](#) des Grundgesetzes (GG) â verletzt.

Nach Ablehnung eines kurz nach Berufungseinlegung gestellten Antrags auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe mit Beschluss vom 17.09. 2001 hat die BevollmÄchtigte der KlÄgerin das Mandat niedergelegt.

Die KlÄgerin beantragt (sinngemÄ),

das Urteil des Sozialgerichts vom 08.02.2001 und den Bescheid vom 28.09.1999 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 15.10.1999 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr ab 01.10.1996 Rente wegen verminderter ErwerbsfÄhigkeit zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄckzuweisen.

Dem Senat lagen zur Entscheidung die Prozessakten beider Rechts- zÄge vor. Zur ErgÄnzung des Tatbestandes im Einzelnen, insbesondere hinsichtlich des Vortrags der KlÄgerin, wird hierauf sowie auf die zu Beweis Zwecken beigezogene Versichertenakte der Beklagten Bezug genommen.

EntscheidungsgrÄnde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ([ÄÄ 143 ff., 151](#) des Sozialgerichtsgesetzes â SGG -) ist zulÄssig, jedoch in der Hauptsache nicht begrÄndet.

Auch der Senat ist zu der Äberzeugung gekommen, dass der KlÄgerin â wegen

Nichterfüllung der versicherungsrechtlichen Voraussetzungen – kein Anspruch auf Rente wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit (verminderte Erwerbsfähigkeit im Sinne von [Â§ 43, 44 SGB VI](#) in den von 1992 bis 2000 geltenden Fassungen) bzw. wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung ([Â§ 43 SGB X](#) in der ab 01.01.2001 geltenden Fassung) zustehen kann, nachdem sich erste vage anamnestische Hinweise auf eine wesentliche Minderung der Erwerbsfähigkeit bzw. auf eine in Zukunft drohende Erwerbsunfähigkeit (Schmerzen in den Leisten und ausgeprägte Müdigkeit Anfang des Jahres 1993) sich aus dem Gutachten der Invalidenkommission vom 07.03.1997 ergeben und der Leistungsfall frühestens in diesem Jahr eingetreten sein kann. Das Sozialgericht hat sich sehr ausführlich mit den einschlägigen Rechtsvorschriften und der Rechtsprechung hierzu befasst. Es fehlt lediglich der deutliche Hinweis, dass eine Pflichtverletzung seitens des Arbeitsamtes im Jahre 1981 (Verstoß gegen eine Beratungspflicht) schon deswegen nicht vorliegen kann, weil die einen Rentenanspruch bzw. eine Rentenanswartschaft einschränkende Vorschriften erst mit dem ab 01.01.1984 in Kraft getretenen Haushaltsbegleitgesetz eingeführt worden sind. Zu Recht hat das Sozialgericht einen Beratungsmangel (unterlassene Beratung durch die Beklagte) verneint, weil die Klägerin nicht mit der Bitte um eine konkrete Beratung an sie herangetreten ist und auch mangels eines konkreten Bearbeitungsvorgangs keine Veranlassung bestand, die Klägerin auf anlässlich dieses Vorgangs offensichtlich werdende Nachteile und mögliche Schritte hiergegen hinzuweisen; es bestand auch kein Recht der Klägerin, wegen besonderer Härte freiwillige Beiträge außerhalb der Frist des [Â§ 197 Abs.2 SGB VI](#) zu entrichten (vgl. BSG vom 11.05.2000 – [B 13 RJ 19/99 R](#) und 85/98 R). Zur Vermeidung von Wiederholungen wird insoweit von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe abgesehen und auf die Ausführungen im angefochtenen Urteil des Sozialgerichts Bezug genommen ([Â§ 153 Abs.2 SGG](#)).

Neben der Sache liegt der weitere, erstmals im Berufungsverfahren erfolgte Vortrag der Klägerin, dass wegen Geburt von zwei Kindern Kindererziehungszeiten vom 16.09.1981 bis 07.07.1992 vorliegen und als anwartschaftserhaltender Tatbestand zu berücksichtigen seien. Die Beklagte selbst hat keine Kindererziehungszeiten anerkannt. Gemäß [Â§ 56 Abs.1 Nr.2 SGB VI](#) muss die Erziehung im Gebiet der BRD erfolgt sein, was dann anzunehmen ist, wenn der erziehende Elternteil sich mit dem Kind dort gewöhnlich aufgehalten hat ([Â§ 56 Abs.3 Satz 1 SGB VI](#)); ein gleichstehender Tatbestand (inländische Pflichtbeitragszeiten bei Auslandsaufenthalt – [Â§ 56 Abs.1 Nr.2, Abs.3 Satz 2 SGB VI](#)) – insbesondere in Fällen der Ausstrahlung – ist nicht gegeben.

Die Erziehung muss grundsätzlich im Inland erfolgen, es sollen diejenigen in das System der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen werden, die wegen Kindererziehung keine oder auch nur eine geringe Rentenanswartschaft erwerben. Dabei ist davon auszugehen, dass alle, die im Inland erwerbstätig sein dürfen, freien Zugang zu einer regelmäßig versicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit haben, und dass die Erziehungsleistung als Beitrag zur Aufrechterhaltung der als Generationsvertrag ausgestalteten Rentenversicherung zu werten ist. Inzidenter ist damit die Erwartung verknüpft, dass die nachrückende Generation die Alterssicherung für die jetzt erwerbstätige Generation aufbringen werde

(Bundesverfassungsgericht vom 07.07. 1992 â [1 BvL 51/86](#) und 50/87, [1 BvR 873/90](#) und 761/91 in [BVerfGE 87, 1](#)). Hierbei gilt ein pauschaler AnknÃ¼pfungspunkt (Erziehung im Inland), auch wenn dieser in EinzelfÃ¤llen nicht zutreffen sollte.

Der Gesetzgeber ging â so auch das Bundesverfassungsgericht â davon aus, dass die Kindererziehung eine Leistung im Interesse der Gesellschaft ist und dass Kindererziehungszeiten ein Teil des auch in anderen (inlÃ¤ndischen) Rechtsgebieten verankerten staatlichen Familienlastenausgleichs, und zwar im Besonderen im Hinblick auf die Alterssicherung, sind. Gerade deshalb muss nach der gesetzlichen Regelung die Erziehung grundsÃ¤tzlich im Inland erfolgen und darf nur ausnahmsweise (bei Vorhandensein bestimmter AnknÃ¼pfungspunkte an die inlÃ¤ndische Rentenversicherung) im Ausland erfolgen, vgl. Bundessozialgericht vom 22.02. 1995 â [4 RA 43/93](#) in [SozR 3-2600 Â§ 56 Nr.8](#). (Die GewÃ¤hrung einer Sozialleistung ist damit in besonderem MaÃe nur dann gerechtfertigt, wenn der Aufenthalt eines AuslÃ¤nders im Inland berechtigt und nicht nur vorÃ¼bergehend gestattet war, vgl. zur Rechtsprechung GÃ¼rtner in Kasseler Kommentar, Rdnr.46 ff. zu [Â§ 56 SGB VI](#).)

Somit kÃ¶nnen der KlÃ¤gerin ab 1981 mit Verlassen der BRD keine Kindererziehungszeiten zustehen. Der Hintergrund der Regelung des SGB VI und die vom Bundessozialgericht herausgearbeiteten GrundsÃ¤tze zeigen auf, dass weder ein BedÃ¼rfnis noch eine Berechtigung bestehen, die Erziehung von Kindern bei gewÃ¶hnlichem Aufenthalt des erziehenden Elternteiles und des Kindes im Ausland zu fÃ¼hren. Insoweit mag fÃ¼r den Familienlastenausgleich und die GewÃ¤hrleistung der Alterssicherung der auslÃ¤ndische Staat selbst sorgen, in dessen System der sich dort gewÃ¶hnlich Aufhaltende eingebunden ist; den deutschen Staat bzw. die deutschen VersicherungstrÃ¤ger trifft nicht die Verpflichtung, auch hierfÃ¼r einzustehen. Wenn sich die KlÃ¤gerin auf [Art.3 GG](#) beruft, weil sie angeblich ohne hinreichenden sachlichen Differenzierungsgrund schlechter als die im Inland lebenden Versicherten gestellt sei, so ist dies offensichtlich unzutreffend. Ungleiche tatsÃ¤chliche und rechtliche Sachverhalte sind nicht gleich zu behandeln. Der Senat sieht aufgrund der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und des Bundesverfassungsgerichts zu [Â§ 56 SGB VI](#) keine noch nicht geklÃ¤rten und klÃ¤rungsbedÃ¼rflichen Fragen. Die gesetzliche Lage ist so klar und augenscheinlich, dass es â in Bezug auf die im Falle der KlÃ¤gerin relevanten TatbestÃ¤nde â selbst ohne die bisherige Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und des Bundesverfassungsgerichts â keine Zweifelsfrage gÃ¤be, die wegen ihrer grundsÃ¤tzlichen Art und/oder der allgemeinen Bedeutung zur Erhaltung der Rechtseinheit in ihrem Bestand oder zur Weiterentwicklung des Rechts einer hÃ¶chststrichterlichen Entscheidung oder sogar der Vorlage an das Bundesverfassungsgericht bedÃ¼rfte.

Nicht zugÃ¤nglich ist dem Senat das Argument der KlÃ¤gerin, in den mit Kroatien und Slowenien neu abgeschlossenen Sozialversicherungsabkommen seien ausdrÃ¼cklich auch Kindererziehungszeiten als anwartschaftserhaltende TatbestÃ¤nde berÃ¼cksichtigungsfÃ¤hig (vgl. zum Beispiel Art.26 Abs.2 des Abkommens vom 24.11.1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der

Republik Kroatien über Soziale Sicherheit, das am 01.11.1998 in Kraft getreten ist und nur für Leistungsansprüche ab diesem Zeitpunkt gilt). Hieraus folgt eben, dass Kindererziehungszeiten bei der Klägerin, die Staatsangehörige von Bosnien-Herzegowina ist und für die das "alte" Deutsch-Jugoslawische Sozialversicherungsabkommen vom 12.10.1968 in der Fassung des Änderungsabkommens vom 30.09.1974 weiter gilt, nicht zu berücksichtigen sind. Bei den entsprechenden Vorschriften in den "neuen" Sozialversicherungsabkommen mit Kroatien und Slowenien haben die beteiligten Staaten in sachlicher und persönlicher Hinsicht eine Gleichstellung vereinbart und ähnliche rentenerhebliche Sachverhalte gleichgestellt, somit einen der Erziehung in der BRD "gleichstehenden" Tatbestand im Sinne von [Â§ 56 Abs.1 Nr.2 SGB VI](#) geschaffen. Hier handelt es sich um eine zwischenstaatliche Regelung nach dem freien Willen der Vertragsstaaten, die auf der Basis der Gegenseitigkeit beruht; unlogisch und nicht folgerichtig wäre es etwa, hieraus zu folgern, dass die BRD einseitig nach deutschen Rechtsgrundsätzen, die nur in der Verfassung begründet sein könnten, verpflichtet wäre, eine solche rentenrechtliche Vergünstigung allen Ausländern in Staaten ohne Sozialversicherungsabkommen oder mit anders gearteten vertraglichen Vereinbarungen zu gewähren.

Die Gedankenführung der Klägerin wird auch deshalb nicht verständlich, weil sie "nur" die analoge Anwendung des [Â§ 57 SGB VI](#) insoweit fordert, als die Kindererziehungszeit Verlängerungstatbestand im Sinne von [Â§ 43 Abs.2 Nr.2 SGB VI](#) sein soll, mithin die Klägerin "nur" die für sie wichtigste, den rentenbegründenden Effekt, nicht die rentenerhöhende Wirkung (Gesamtleistungsbewertung nach [Â§ 71 Abs.3 SGB VI](#)), beansprucht. Die Berücksichtigungszeit wegen Kindererziehung ([Â§ 57 SGB VI](#)) knüpft an dieselben Grundgedanken und dieselben Voraussetzungen wie die Kindererziehungszeiten ([Â§ 56 SGB VI](#)) an; die Regelung über die Berücksichtigungszeit führt nur gewisse Vorteile der Kindererziehungszeit gemäß [Â§ 56 SGB VI](#) weiter. Die Berücksichtigungszeit umfasst die Zeit bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes, weil sich alle Vergünstigungen der Kindererziehungszeit als Pflichtbeitragszeiten bei einem Regelungsbereich von einem oder drei Jahren aus wirtschaftlicher Sicht vorerst nicht im weitergehenden Umfang verwirklichen ließen. Hier ist der Gesetzgeber der Anregung des Bundesverfassungsgerichts gefolgt, dass Kindererziehung und Beitragszahlung nicht gleich behandelt werden müssen und der Gesetzgeber bei Festlegung der Reformschritte in einer ausreichenden Anpassungszeit die jeweilige Haushaltslage und die finanzielle Situation der gesamten Rentenversicherung berücksichtigen dürfte. Das vom Senat zur Kindererziehungszeit ausgeführte gilt also in vollem Umfang auch für die Berücksichtigungszeit wegen Kindererziehung.

Daher war die Berufung der Klägerin mit der Kostenfolge aus [Â§ 193 SGG](#) zurückzuweisen.

Gründe für die Zulassung der Revision gemäß [Â§ 160 Abs.2 Nrn. 1 und 2 SGG](#) sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 04.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024